

Öffentliche Sitzung
 des Bau- und Umweltausschusses/Betriebsausschusses für Stadtentwässerung
am Mittwoch, den 23.03.2022
 im Peter-Parler-Saal des Congress-Centrums Stadtgarten

Beginn: 15:35 Uhr

Ende: 18:23 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Oberbürgermeister Richard Arnold

stellv. Vorsitzender

Herr Bürgermeister Julius Mihm

Herr Erster Bürgermeister Christian Baron

CDU

Herr Stadtrat Martin Bläse

Herr Stadtrat Helmut Geiger

Herr Stadtrat Christof Preiß

Frau Stadträtin Dr. Birgit Stahl

Frau Stadträtin Brigitte Weiß

Herr Stadtrat Georg Zimmermann

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Stadträtin Barbara Bijok

Herr Stadtrat Karl Miller

Herr Stadtrat Karl-Andreas Tickert

SPD

Herr Stadtrat Tim-Luka Schwab

ab 16:57 Uhr.

Herr Stadtrat Johannes Zengerle

Die Linke

Herr Stadtrat Dr. Andreas Benk

Freie Wähler Frauen Schwäbisch Gmünd

Frau Stadträtin Karin Rauscher

Die Bürgerliste Schwäbisch Gmünd

Herr Stadtrat Ullrich Lothar Dombrowski

FDP/FW

Herr Stadtrat Dr. Peter Vatheuer

Verwaltung

Herr René Bantel

Schriftführerin

Frau Melanie Bihlmaier

Verwaltung

Herr Zeno Bouillon

Herr Gerhard Hackner

Herr Gerd Hägele

Herr Markus Herrmann

Herr Jürgen Musch

Herr Helmut Ott

Herr Bernd Raubal

Herr Alexander Trautmann

Herr Raphael Wieler
Frau Franka Zaneck

Abwesend:

CDU

Herr Stadtrat Thomas Kaiser

Freie Wähler Frauen Schwäbisch Gmünd

Frau Stadträtin Dr. Constance Schwarzkopf-
Streit

Tagesordnung

=====

- 1** Unterrichtung über den aktuellen Stand "Grüne Urbanität öffentlicher Raum Innenstadt Schwäbisch Gmünd"
hier: Zwischenbericht
- 2** Radwegezielplan - Teilkonzept Haupttrouten
- 3** Vorstellung der neuen Radabstellanlage am ZOB
- 4** Bebauungsplan Nr. 540 A "Nachhaltiger Technologiepark Aspen" in Schwäbisch Gmünd-Bargau mit Fachplänen und Gutachten
hier: Vergabe der Planungsleistungen
- 5** Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften Nr. 120 B "Sportpark Laichle", Gemarkung Großdeinbach
- Entwurfsbeschluss
- 6** Sammelkläranlage Zollerwiesen - Erneuerung der Räumler beim Nachklärbecken 1 und 2 - Vergabebeschluss
- 7** Ausblick auf künftige Vorhaben
- 8** Bekanntgaben
- 9** Anfragen

Oberbürgermeister Arnold begrüßt die Mitglieder, die Presse und die Gäste recht herzlich zur öffentlichen Sitzung.

Er berichtet vor Eintritt in die Tagesordnung von den aktuellen Entwicklungen der Flüchtlingszahlen aus der Ukraine. Außerdem gibt er bekannt, dass das geplante Benefizkonzert krankheitsbedingt nicht stattfinden könne.

Er stellt die Beschlussfähigkeit und die ordnungsgemäße Ladung fest.

Es liegen keine Anmerkungen zur Tagesordnung vor.

Stadträtin Abele/Die Bürgerliste äußert, dass die Situation nochmals den Druck auf den Druck auf den angespannten Wohnungsmarkt erhöhe. Sie erkundigt sich, wie viele Airbnb-Wohnungen es gebe, man solle diese wie in Tübingen dem Wohnungsmarkt zuführen.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man sich zunächst auf die Flüchtlinge konzentrieren müsse.: Das Bahnhofsgebäude stehe beispielsweise auch leer.

Stadträtin Heusel/SPD erkundigt sich, wie es mit den Sprachbarrieren in den Kindergärten aussehe und ob es eine Möglichkeit gebe, zeitweise Dolmetscher einzusetzen.

Erster Bürgermeister Baron antwortet, dass es auch um rechtliche Rahmenbedingungen gehe. Die Integrationsbereitschaft der Eltern und der Kinder sei da.

Oberbürgermeister Arnold bittet um Solidarität mit den Geflüchteten von Seiten des Gemeinderats. Es würden schwierige Wochen bevorstehen.

**zu 1 Unterrichtung über den aktuellen Stand "Grüne Urbanität öffentlicher Raum
Innenstadt Schwäbisch Gmünd"
hier: Zwischenbericht
Vorlage: 046/2022**

Protokoll:

Herr Köber stellt den Sachverhalt vor (siehe Anlage).

Oberbürgermeister Arnold betont, dass alles, was nun dabei sei, vernünftig sei. Herr Köber könne gerne auch in die Fraktionen kommen.

Stadträtin Rauscher/Freie Wähler Frauen erkundigt sich, ob der Belag am Münsterplatz schadhaft sei. Außerdem erkundigt sie sich nach dem Wasser.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man es gerne so hätte. Es sei ein Porphyrbelag, man habe sich Gedanken gemacht. Es gebe Schaubilder. Es könne ein Konflikt zur Marktnutzung sein. Man entscheide am Ende gemeinsam. Aktuell sei man im Bereich der Ideen und Konzepte.

Stadtrat Preiß/CDU findet, dass der erste Aufschlag ruhig mutiger hätte sein können. Man greife die Idee gerne auf, dass er in die Fraktion komme. In Schwäbisch Gmünd gebe es viele Bäche. Es sei wichtig, diese zu öffnen und Wasserflächen für das Mikroklima zu schaffen.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man es aufnehme.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen bedankt sich für den Vortrag. Es sei gelungen. Vorgärten in den hinteren Schmiedgassen hätte man bereits vor Jahren vorgebracht, es sei wichtig, dass man das Wohnen dort stärke. Man solle auf der anderen Straßenseite noch schauen. Kübel auf dem Marktplatz habe ihm nicht gefallen. Er bittet um eine Prüfung der Festbepflanzung, dies könne man gut mit den Nutzungen zusammenbringen.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass es eine Abwägung sei, bei der man am Ende eine Entscheidung treffen müsse. Man habe es mit HGV bereits vor einiger Zeit aufgegriffen, damals sei man eindeutig dagegen gewesen.

Stadtrat Zengerle/SPD bedankt sich für den Vortrag.

Oberbürgermeister Arnold betont, dass es ein Zwischen- und kein Endergebnis sei.

Stadtrat Zengerle/SPD weist darauf hin, dass am Café Spielplatz ein Baum geplant sei, bei dem bei Veranstaltungen immer eine Bühne aufgebaut sei. Dies müsse man beachten.

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE äußert, dass man seit der Präsentation im Dezember in den Kernbereichen abgespeckt habe.

Herr Köber äußert, dass das nun präsentierte Ergebnis die Essenz auf konstruktiven Gesprächen sei.

Oberbürgermeister Arnold erläutert, dass es ein Zwischenbericht und immer eine Abwägungsfrage sei. Man müsse offen sein und schauen, dass man auch teilweise mutiger sei. Die Schmiedgassen finde er eine gute Sache.

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste bedankt sich ebenfalls für den Zwischenbericht. Man habe zwei besonders sensible Bereiche. Beim Marktplatz sei ein ständiger Standortwechsel keine sinnvolle Lösung. Beim Münsterplatz müsse man grundsätzlich überlegen, wie man den Platz erhalte und diesen trotzdem ökologischer gestalte. Früher sei der Spitalbach durch die Ledergasse geflossen.

Oberbürgermeister Arnold fasst zusammen, dass man den Marktplatz und Münsterplatz nochmals aufgreife und die Zielkonflikte aufzeige. Mutig sei, den Bereich grün zu machen, aber der Wochenmarkt sei dann problematisch. Man müsse abwägen. In der Kappelgasse könne man auch etwas machen und auch in den Schmiedgassen mutiger sein. Hier gehe es auch darum, die Händler und die Bewohner mitzunehmen und eine Entscheidung nach Abwägung der Interessen zu treffen.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW bedankt sich ebenfalls für den Vortrag. Es seien tolle Impulse und Anregungen, die Lust auf mehr machen würden. Die mobilen Bäume sollten Ulti Maratio sein. Man benötige richtige Bäume.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 60
nachrichtlich an Amt:

zu 2 **Radwegezielplan - Teilkonzept Hauptrouten** **Vorlage: 033/2022**

Protokoll:

Erster Bürgermeister Baron führt in den Sachverhalt ein.

Frau Zaneck stellt den Sachverhalt vor (siehe Anlage).

Stadtrat Preiß/CDU äußert, dass es immer ein Geben und Nehmen sei, es müsse klar sein, dass die Anlieger sich dem Fahrradfahrer beugen müssen. Es sei nicht ganz ausgekoren. Gut sei, dass Radfahrer nicht mehr in Konflikt mit den Hauptverkehrswegen komme. Nicht gut sei, dass sich der Radfahrer dem Fußgängerverkehr beugen müsse. Über die Uferstraße könne man sehr gut ausweichen. Man dürfe auch die anderen Verkehrsteilnehmer nicht vergessen. Er erkundigt sich, ob sich das Land an der Nordroute beteilige. Außerdem müsse man offen sein für Nachbesserungen, falls es nicht funktioniere.

Frau Zaneck erläutert, dass man mit den Routen vorankommen müsse, daher habe man den Altstadtring ausgewählt. Bei der Nordroute sei man derzeit in der Prüfung im Hinblick auf die Kosten.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen bedankt sich für den Vortrag. Es sei eine gute Weiterentwicklung des Fahrradstraßenkonzeptes von 2017. Wichtig sei die Durcharbeitung der Knoten, dies werde nicht einfach werden. Er erkundigt sich, bis wann man durchgängige Routen bekomme, zumindest eine Süd-West-Route. Man müsse den Mut haben, auch Flächen wo anders wegzunehmen. Hier müsse man als Gemeinderat dazu stehen. Der Altstadtring habe viele Ecken und Kanten und sei für Auswärtige nicht so einfach auffindbar sei, man solle es daher farbig gestalten.

Frau Zaneck antwortet, dass man schauen müsse, wo es den Platz dafür gebe und wie man es umsetzen könne. Man müsse dann auch bereit sein, Parkplätze wegzunehmen. Hier müsse man sich abstimmen.

Oberbürgermeister Arnold ergänzt, dass man nun einen strategischen Plan vorliegen habe. Klar sei, dass man es ohne das Wegnehmen von anderen Flächen nicht umsetzen könne.

Stadtrat Schwab/SPD bedankt sich für den Radwegezielplan. Die Fraktion stimme zu. Die Verbesserung sei dringend notwendig, dies würden auch die sehr schlechten Noten bei den Radverkehrschecks regelmäßig zeigen. Es sei daher schön, dass nun endlich etwas vorangehe. Es solle eine Route zum Freibad in den aktuellen Plan integriert werden. Im nächsten Schritt könne man über Hauptzufahrten in die Teilorte nachdenken. Man solle auch überlegen, ob man die Fahrradstraße nicht auch auf die Mozartstraße ausweite.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man diese bis nach Bettringen verlängern werde. Man solle rausgehen in die Teilorte. Man könne nicht alles auf dem Boden zu kennzeichnen, dies sei zu teuer. Punktuell könne man es aber machen. Es müsse simpel umgesetzt werden.

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE findet es erfreulich, das sich beim Radwegenetz etwas bewege. Bei der Klarenbergstraße müsse der Fahrradverkehr Vorrecht bekommen. Es sei gut, dass die Fahrradstraßen kommen, sie müssten jetzt umgesetzt werden. Beim Altstadtring sei es nicht simpel, es umzusetzen. Es sei fragwürdig, wie man es lösen könne. An die Hauptverkehrsstraßen gehe man nicht heran. Er erkundigt sich, ob man dem Autoverkehr eine Spur wegnehmen könne, um eine Spur für den Fahrradverkehr zu schaffen. Er sehe den Altstadtring noch nicht als große Lösung.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass simpel auf die Strategie bezogen gewesen sei. Es müsse verinnerlicht werden.

Erster Bürgermeister Baron führt aus, dass nicht die wagmutigste Entscheidung automatisch die beste Entscheidung sei. Man habe sich bei der Erstellung des Plans damit beschäftigt, ob man die Remsstraße einbeziehe. Die vorgeschlagene Lösung sei die kürzere und attraktivere Route. Es gehe nicht darum, dass man sich nicht traue. Man könne über verschiedene Stellen sprechen. Man wolle eine Route anbieten, die besonders attraktiv sei. Fahrradfahrer könnten jedoch auch die Remsstraße benutzen. Es gehe um die gegenseitige Rücksichtnahme. Man müsse nun Stück für Stück vorgehen.

Stadträtin Rauscher/Freie Wähler Frauen betont, dass die Sicherheit sehr wichtig sei. Eine Informationsoffensive sei sehr wichtig.

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste begrüßt das Vorhaben. Es sei wichtig, dass es von allen Radfahrern angenommen werde.

Oberbürgermeister Arnold betont, dass man später auch noch Anpassungen und Verbesserungen vornehmen können müsse. Aber man müsse mal starten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt das eingebrachte Teilkonzept „Hauptrou-ten“ des Radwegezielplans und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung des Altstadtrings und der Fahrradstraßen.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 11
nachrichtlich an Amt:

zu 3 **Vorstellung der neuen Radabstellanlage am ZOB**
Vorlage: 042/2022

Protokoll:

Bürgermeister Mihm führt in den Sachverhalt ein.

Herr Raubal stellt den Sachverhalt vor (siehe Anlage).

Stadträtin Bijok/Bündnis 90/Die Grünen hätte sich eine Solardacht gewünscht und erkundigt sich, ob es nachgerüstet werden könne.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man dies prüfen werde.

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE erkundigt sich, ob man die Fahrräder dort unbesorgt über Nacht abstellen könne, da die Radabstellanlage etwas abgelegen sei. Er schlägt eine Videoüberwachung vor.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man aus Sicherheitsgründen die Boxen habe. Die Videoüberwachung sei eine besondere Diskussion, man nehme es mit.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW erkundigt sich, ob auch eine PV-Anlage überlegt worden sei oder ob dies aus statischen Gründen nicht möglich sei.

Stadtrat Bläse/CDU führt aus, dass man es schnellstens mit den Änderungen umsetzen solle. Der Standort für die WC-Anlage sei bestens geeignet. Wichtig sei, dass die WC-Anlage schnellstmöglich umgesetzt werde. Zum Bahnhof gehöre eine WC-Anlage.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 66
nachrichtlich an Amt:

**zu 4 Bebauungsplan Nr. 540 A "Nachhaltiger Technologiepark Aspen" in Schwäbisch Gmünd-Bargau mit Fachplänen und Gutachten
hier: Vergabe der Planungsleistungen
Vorlage: 043/2022**

Protokoll:

Herr Hackner präsentiert den Sachverhalt (siehe Anlage).

Stadtrat Bläse/CDU begrüßt die externe Vergabe. Man könne sich keine Verzögerung leisten. Die Wasserwirtschaft sei bisher nicht enthalten, dies solle man noch aufnehmen. Man solle es mitplanen, damit man vorbereitet sei. Man habe im Transformationsrat auch Aspen diskutiert, es sei ein Schlüsselprojekt für Schwäbisch Gmünd und man glaube an eine Umsetzung. Man wolle ein Gebiet schaffen, in dem man CO₂-neutral produzieren könne. Es seien keine Zukunftsvisionen, sondern die Realität. Dies müsse man bieten können. Man stelle ein geeignetes Gebiet zur Verfügung und man müsse beim Landkreis, beim Land, beim Bund und bei der EU werben. Alleine werde man es nicht stemmen können. Man solle alle Netzwerke aktivieren. Wünschenswert wäre, den Ministerpräsidenten als Paten zu gewinnen.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen führt aus, dass man sich einig gewesen sei, dass man ein CO₂-neutrales, nachhaltiges Industriegebiet schaffen wolle, das man bisher nicht hatte. Es seien ganz neue Anforderungen vorhanden. Zwei Punkte seien für die Fraktion problematisch: Man wolle erneuerbare Energien anbieten. Gebe es hierzu Ideen? Man müsse anderen Gebieten voraus sein. Man brauche einen Planer, der ein CO₂-neutrales Industriegebiet mit ganz neuen Voraussetzungen erstellen könne. Er erkundigt sich, ob man den ökologischen Ausgleich weitestgehend auf dem Gebiet selbst machen könne. Außerdem erkundigt er sich, ob es CO₂-neutrale Firmen gebe. Das Honorarangebot sei für ein normales Industriegebiet, nicht für ein nachhaltiges Industriegebiet. Hier brauche man von den Anbietern noch Informationen. Man könne dem heute nicht zustimmen.

Herr Hackner antwortet, dass dies berücksichtigt sei.

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE äußert, dass nicht klar sei, wie es weitergehe. Trotz aller Unsicherheiten werde das Projekt weitergeführt. Ein notwendiger und sinnvoller Exit würde schwieriger werden. Er schließt sich den Ausführungen von Stadtrat Miller an. Nachhaltig sei eine Worthülse.

Stadträtin Rauscher/Freie Wähler Frauen äußert, dass die Verwaltung einen Blick dafür habe.

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste nimmt Bezug zur Tesla-Fabrik, die in Brandenburg gebaut werde. Man solle vorsichtig sein, man müsse möglichst viele Eisen im Feuer haben. Wenn man das optimale Ziel nicht erreichen könne, dann gehe es vielleicht auch mit einer Gewerbeansiedlung, die möglichst zukunftsorientiert ausgerichtet sei, aber die CO₂-Neutralität nicht erreiche. Dies müsse man dann auch in Erwägung ziehen.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW äußert, dass wenn man weiterhin im Wettbewerb bestehen wolle, man auch einen klimaneutralen Produktionsstandort benötige. Es sei wichtig, dass man auf diese Aspekte eingehe, dies sei aus der Vorlage nicht ersichtlich.

Stadtrat Preiß/CDU äußert, dass er sich sicher sei, dass die Forderungen von Stadtrat Miller vom Büro erfüllt werden würden. Wenn dies so sei, solle man dies auch zum Festpreis aufnehmen. Stadtrat Benk gibt er recht, wenn es nicht funktioniere, habe man das Geld umsonst eingesetzt, es sei daher ein Risiko vorhanden. Wenn man jedoch nur mit Bedenken unterwegs sei, komme man nicht weiter. Es bleibe ein gewisses Restrisiko, aber man wolle es versuchen.

Oberbürgermeister Arnold führt aus, dass man Aspen gemeinsam angehen solle. Es bringe nichts, dass man durch das Projekt spalte. Man werde nochmals auf die Firmen zugehen.

Stadtrat Bläse/CDU findet es wichtig, dass es keine Verzögerungen gebe.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen betont, dass nachhaltig und CO₂-neutral keine definierten Begriffe seien. Daher solle man die Konzeption vorlegen, an dieser sollten sich die Firmen auch messen. Zusätzlich solle man den Kriterienkatalog für Baugebiete der DGNB als Grundlage heranziehen.

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE plädiert für eine öffentliche Ausschreibung, um genau die Büros zu gewinnen, die Erfahrung in diesem Bereich hätten. Er erkundigt sich, woher der Zeitdruck nun komme und wünscht sich eine neue Vorlage.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass der Zeitdruck von außen komme. Die Transformation finde jetzt statt und warte nicht auf Schwäbisch Gmünd und auf Aspen. Es könne frühestens 2024 produziert werden. Man sei immer auf Standortsuche. Er schlägt vor, es aufzunehmen, auf beide Büros zuzugehen und nachzubessern. Er leite die Informationen dann zu. Es helfe nichts, wenn man zurückfalle. Man müsse alles dafür tun, dass man weiter in der ersten Reihe in Baden-Württemberg attraktiv bleibe und Angebote unterbreiten könne. Daraus ergebe sich der Zeitplan.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW äußert, dass man davon absehen solle, kleinteilige Vorlagen zu machen. Entscheidend sei, dass man die Voraussetzungen für eine klimaneutrale Produktion schaffe. Dies sei das entscheidende Kriterium, um weiterhin im Wettbewerb bestehen zu können.

Bürgermeister Mihm bekräftigt, dass die Firmen die Treiber seien. Der Gemeinderat sei Grundstücksverkäufer und könne dort dann noch entscheiden.

Oberbürgermeister Arnold führt aus, dass in Brandenburg Teslas vom Band laufen würden, in Schleswig-Holstein werde eine neue Fabrik, die Batteriezellen herstelle, gebaut. Und hier überlege man, ob man Planungsleistungen öffentlich ausschreiben oder nicht. So könne man nicht auf diesem Angebotslevel spielen. Man brauche schnelleres Tempo, um mithalten zu können, da man europaweit unterwegs sei. Man könne bei den beiden Büros nochmal nachbessern, aber man dürfe es nicht überfrachten. In anderen Ländern würden bereits die Ergebnisse eines erfolgreich durch-

geführten Transformationsprozesses vom Band. Und man diskutiere immer noch, wie man es geschickt organisiere oder die Klimaschutzziele erreiche. Man sei sich im großen Ziel einig und man müsse mit Tempo vorangehen. Er appelliere an alle.

Stadtrat Bläse/CDU versteht nicht, warum man es nicht beschließen könne.

Der Tagesordnungspunkt wird zur Beschlussfassung an den Gemeinderat verwiesen.

Auszug

zur weiteren Bearbeitung an Amt: 60

nachrichtlich an Amt:

**zu 5 Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften Nr. 120 B "Sportpark Laichle",
Gemarkung Großdeinbach
- Entwurfsbeschluss
Vorlage: 030/2022**

Protokoll:

Herr Hackner präsentiert den Sachverhalt (siehe Anlage).

Stadtrat Bläse/CDU bedankt sich für die Vorstellung. Prinzipiell sei man sich einig, man unterstütze den TSB gerne. Er erkundigt sich, ob alle Grundstückskäue getätigt seien. Außerdem erkundigt er sich, ob ökologische Ausgleiche gemacht werden würden.

Herr Hackner führt aus, dass man entsprechende Ausgleiche machen müsse. Die Grundstücke würden der Stadt gehören.

Erster Bürgermeister Baron äußert, dass sich zwei Dinge entscheidend verändert hätten, man stehe deutlich schlechter da als vor zwei bis drei Jahren. Der TSB habe mehr erwirtschaftet als erwartet, daher habe man nochmals das Gespräch gesucht. Es sei in großem Gegenwind gestanden. Man liebe den TSB nicht allein und wolle an den Zusagen festhalten, die man gut leisten könne. Man stelle das Grundstück zur Verfügung, auch die Erschließung, die Zuschüsse für das Vereinsheim und Umkleide würde man weiter finanzieren. Neu wäre, dass der TSB den Platz selbst bauen müsse. Man habe das gemeinsame, gleiche Ziel.

Stadtrat Tickert/Bündnis 90/Die Grünen äußert, dass es eine Win-Win-Situation sei. Der TSB könne die Sportangebote zusammenfassen. Der Bebauungsplan sei als unbedenklich eingestuft, es seien jedoch auch kritische Punkte dabei. Er erkundigt sich, ob die Landwirte ebenfalls eine Ausgleichsfläche bekommen würden. Dies sei sehr wichtig. Ansonsten könne man zustimmen. Photovoltaik sollte verstärkt gefördert werden.

Herr Hackner antwortet, dass man die Ausgleichsflächen habe. Die PV-Anlage habe man auf dem Vereinsheim, auch ein Gründach sei möglich. Man wolle ein Baumdach für die Parkplätze.

Stadtrat Zengerle/SPD bedankt sich für die Vorlage. Man könne zustimmen.

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE äußert, dass man in der Abwägung prüfen müsse, was der Preis sei. Guter Ackerboden würde verbraucht werden. Er erinnert an die Übersicht der Ausgleichsflächen. Auf diese warte man noch. Wer die regionale Landwirtschaft unterstützen wolle, müsse die Flächen schützen. Man habe nun wieder eine Fläche weggenommen. Auch beim Lärmschutz müsse man die Bedenken der Anwohner ernst nehmen. Das Feld werde höher gelegt und man habe keine entsprechenden Untersuchungen veranlasst.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW äußert, dass man das Vorhaben unterstütze, es sei ein Gewinn für die Stadt und die Vereine. Er erkundigt sich, wie die Ortschaftsräte abgestimmt hätten.

Erster Bürgermeister Baron antwortet, dass der Ortschaftsrat Großdeinbach einstimmig, der Ortschaftsrat Rehnenhof/Wetzgau mit großer Mehrheit zustimmen.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 60
nachrichtlich an Amt:

**zu 6 Sammelkläranlage Zollerwiesen - Erneuerung der Räumler beim Nachklärbecken 1 und 2 - Vergabebeschluss
Vorlage: 024/2022**

Protokoll:

Herr Musch erläutert den Sachverhalt.

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE erkundigt sich nach der Bindungsfrist.

Herr Musch antwortet, dass man dran sei.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 66
nachrichtlich an Amt:

zu 7 Ausblick auf künftige Vorhaben

Protokoll:

Keine.

zu 8 Bekanntgaben

Protokoll:

Keine.

zu 9 Anfragen

Protokoll:

Keine.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt Oberbürgermeister Arnold die Sitzung.

Für die Richtigkeit!

Den
Oberbürgermeister:

Den
Stadtrat:

Den
Schriftführer:

Den
Stadtrat: